
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

GESTIEGENE BELASTUNGEN FÜR HESSISCHE SCHULEN UND LEHRKRÄFTE

01.06.2017

- **zur Umsetzung der Inklusion notwendige Ressourcen fehlen derzeit und werden kurzfristig nicht geschaffen werden können**
- **schwarz-grüne Landesregierung darf in diesem sensiblen Bereich nicht weiter auf bloße Luftschlösser setzen, sondern muss Realitäten klar benennen**
- **kein Schüler darf unter halbherzig mit der Brechstange umgesetzter Inklusion leiden**

Anlässlich der anhaltenden Berichte über die gestiegenen Belastungen für hessische Schulen und Lehrkräfte erklärte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, Wolfgang GREILICH: „Die Belastungssituation der Lehrkräfte in Hessen steigt stetig durch zunehmende Heterogenität, aber auch durch die Erwartungen, Ansprüche und Anforderungen, etwa durch die Übertragung von weiteren Erziehungsaufgaben an die Schulen, durch Eltern, durch potentielle Arbeitgeber und weiterführende Bildungseinrichtungen, und auch durch Politik und Gesellschaft. Die Heterogenität ist dabei nicht beschränkt auf die Frage der besonderen Bedürfnisse von Schülern und die Frage nach Inklusion: Sie bezieht kulturelle, religiöse und soziale Unterschiede und solche in der Frage der Bildungsnähe ebenfalls mit ein. Diese Erkenntnis ist untrennbar mit der Forderung nach bestmöglichster individueller Förderung aller Schülerinnen und Schüler entsprechend ihren Begabungen und Fähigkeiten verknüpft.“

Die schwarz-grüne Landesregierung wäre entsprechend gut beraten, würde sie den Weckruf aus den Schulen, insbesondere aus den Frankfurter Grundschulen, und von immer mehr Lehrern und Lehrerinnen in den letzten Wochen endlich ernst nehmen. Denn

es geht hierbei nämlich um nicht weniger als um die permanente Überlastung der Lehrkräfte, die kaum noch Raum für die notwendige individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler lässt. Damit ist klar: Unser gemeinsames Ziel der bestmöglichen Förderung jedes einzelnen Kindes erreichen wir nur, wenn wir die ausreichende Hinterlegung mit Ressourcen schaffen – und eben diese haben wir momentan nicht, wie mehrere Anfragen der Opposition im Landtag herausgearbeitet haben und durch die Landesregierung mit dem Konzept beziehungsweise Maßnahmenpaket zur Gewinnung von Lehrkräften bestätigt wurde. Also müssen wir konsequent auch ganz einfach eingestehen, dass beispielsweise die zur Umsetzung der Inklusion notwendigen Ressourcen derzeit weder vorhanden sind noch kurzfristig geschaffen werden können. Die schwarz-grüne Landesregierung darf in diesem wichtigen und sensiblen Bereich nicht weiter auf bloße Luftschlösser setzen, sondern muss die Realitäten klar benennen: So stellt sich unter anderem die Frage, wie die 210 eingeplanten neuen Stellen für die Inklusionsbündnisse, die erst einmal sehr erfreulich klingen, in der Praxis realisiert werden sollen, wenn heute schon über 70 Förderschullehrkräfte fehlen und die Situation sich nicht entspannt, sondern der Bedarf steigt.“

Weiter erklärte Greilich:

„Werden die notwendigen Ressourcen nicht zur Verfügung gestellt, werden alle Schüler die Verlierer sein. Daher muss der Ressourcenvorbehalt weiter und uneingeschränkt gelten. Wir sind für eine Bildungspolitik, die sich klar am Kindeswohl orientiert, und deshalb gilt: Kein Schüler darf unter halbherzig mit der Brechstange umgesetzter Inklusion leiden. Und so appellieren wir an die Landesregierung, auch die erst kürzlich veröffentlichte Forsa-Umfrage im Auftrage des VBE ernst zu nehmen, die ergab, dass 97 Prozent der befragten Lehrer sich dafür aussprechen, auch bei Einrichtung eines inklusiven Schulsystems die bisherigen Förder- und Sonderschulen alle (59 %) oder mindestens teilweise (38 %) zu erhalten. Nur 2 Prozent halten Förder- und Sonderschulen hingegen perspektivisch für entbehrlich.“

Daher sprechen wir uns auch klar dafür aus, dass mindestens auf absehbare Zeit die Förderschulen erhalten bleiben müssen, um eine bestmögliche Förderung eines jeden Kindes gewährleisten zu können. Darüber hinaus gilt es, mit Blick auf die Situation an den Schulen vor Ort dringend notwendige Maßnahmen zu ergreifen, die die Über-

beziehungsweise Belastungen aufgreifen und beheben. Wenn sich nämlich die grundlegend richtige Zielsetzung der erfolgreichen Inklusion ins Negative verkehrt und es zur Ablehnung durch Lehrkräfte, aber auch durch Schülerinnen und Schüler und deren Eltern kommt, würde die Politik den Kindern in unserem Land einen Bärendienst erweisen. Solange die entsprechenden Ressourcen daher nicht ausreichen, kann Inklusion nicht vollständig umgesetzt werden und erfährt ihre Grenzen. Dies darf auch die Politik der Landesregierung nicht leugnen!“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de